

AUFWACHEN UND HANDELN !

**KEINE KÜRZUNG DER SOZIAL-
HILFE !**

Dies gilt seit langem und erhält durch den Morde an den türkischen Frauen und Kindern in Solingen neue Dringlichkeit, oder soll kurzzeitige Betroffenheit alles gewesen sein?

Lasst euch nicht durch Politikergeschwätz das Gehirn vernebeln, die wahren Brandstifter sitzen in Bonn, sie fordern mehr Polizei oder ein paar Bonbons für einige Nichtdeutsche, und gleichzeitig wird die soziale Situation für Viele noch unerträglicher gemacht.

So arbeiten Politiker und Faschisten Hand in Hand. Diese Heuchelei ist unerträglich! Wiedereinmal soll mit Sozialhilfekürzungen bei Flüchtlingen eine Abschreckungspolitik gemacht werden. Und nicht nur bei ihnen: deutsche SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslose werden entgegen den vollmundigen Ankündigungen auch geschröpft werden.

Seit dem herbeigeredeten Asylnotstand, der in der Grundgesetzänderung gipfelte, und die Angriffe auf Flüchtlinge und die rassistischen Äußerungen von Politikern in den Medien, nur versteckter abgelaufen. Der Rassismus wurde oft tot geschwiegen oder heruntergespielt. Die Flüchtlinge als Sündenböcke sind gefunden und vorgeführt worden, durch neue Gesetze ist die Ordnung wieder hergestellt.

Es wird Ausländerfreundlichkeit geheuchelt - und gleichzeitig verstärkt diskriminiert und abgeschoben.

Wie wir alle wissen gehen die Angriffe und die rassistische Ausgrenzung gegen Migrantinnen und Flüchtlingen weiter. Dabei trifft die staatliche Ausgrenzung und Abschreckung die Flüchtlinge oft am meisten.

Erst wurde das Asylverfahren durch das 6 Wochen - Schnellverfahren unmöglich gemacht, danach wurde mit dem Großparteienbeschuß der Artikel 16 faktisch abgeschafft.

Im Windschatten und als Ergänzung dieser Verschlechterungen soll nun allen Ausländerinnen mit einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung die Sozialhilfe pauschal um 1/4 (25%) gekürzt werden. Bei Kindern wird 10% weniger ausgezahlt.

Doch nicht genug, das Gesetz schreibt vor, daß die verbleibende "Hilfe" als Sachleistung zu gewähren ist. Das heißt Großküchenverpflegung oder Essenspakete und 70 DM Taschengeld im Monat !

Dieses Horrorszenarium wird schon längst in den Bezirkssammellagern und den Aufnahmelagern praktiziert, allerdings nur für eine kurze Zeitdauer. Nun sollen Flüchtlinge, geduldete Asylbewerberinnen und anderen Nichtdeutsche auf Dauer unter die Armutsgrenze gedrückt werden.



**Demonstration,
Samstag 19.6.1993**

KEINE KÜRZUNG DER SOZIALHILFE !

Kommen die Sachleistungen durch höheren Verwaltungsaufwand doch zu teuer, so sollen Wertgutscheine statt Bargeld ausgegeben werden.

Wertgutscheine diskriminieren ihre Inhaberinnen als Menschen zweiter Klasse und führen Flüchtlinge mal wieder als die "Anderen" öffentlich vor.

Abgesehen davon, daß es dabei oft keine Möglichkeit mehr gibt, preisvergleichend und preiswert einzukaufen, da nur in wenigen Geschäften eingekauft werden darf. Wer sich da wieder eine goldene Nase verdienen will?

Von der angeblich 2 Milliarden DM, die eingespart werden sollen, ist der größte Teil die Sozialhilfekürzung. Es ist erwiesen, daß Sachleistungen in vielen Fällen teurer kommen.

Also für was die Schikane -- sie dient nur zur Abschreckung !

Und verhindert nebenbei und voll beabsichtigt eine effektive anwaltliche Vertretung, sofern diese überhaupt noch möglich ist. Von was sollen die AnwältInnen bezahlt werden?

Eingespart wird im übrigen an den Flüchtlingen selbst, nicht an denen, die von der Art von Hilfgewährung letztlich profitieren, den Mietspekulanten, den Großküchen, bis hin zu den Wohlfahrtskonzernen, die sich ihre Taschen füllen.

Flüchtlinge sollen verstärkt zur Zwangsarbeit verpflichtet werden. Dies mit Stundenlöhnen von 2 DM und wer sich verweigert kann die Sozialhilfe noch mehr gekürzt bekommen.

Selbst wenn Essenspakete und Wertgutscheine nicht flächendeckend angewandt werden, weil es zu teuer ist, oder durch Widerstand in einzelnen Fällen verhindert wird, eines ist sicher: auch hier in Freiburg soll die Sozialhilfe wahrscheinlich ab August gekürzt, Kleidergeldpauschalen gestrichen und die Hilfen im Krankheitsfall und bei der Geburt noch weiter eingeschränkt werden.



Das bedeutet mit 360 DM im Monat pro Erwachsener zu überleben.

Kinder bekommen nur noch 220 DM, beziehungsweise 310 DM ab 8 Jahre.

Tragen müssen diese Verschärfungen in der Regel in den Familien die Frauen: Sie werden dafür verantwortlich gemacht, Mann und Kinder trotzdem satt zu bekommen, sie im Krankheitsfall zu pflegen, Kleider zu beschaffen... Erfahrungsgemäß bedeutet dies eine bedeutende zusätzliche Belastung und oft genug eigener Verzicht zugunsten der Familie.

Diese neue Armutsgrenze hat nichts mehr mit dem Existenzminimum zu tun, selbst wenn die Miete für die Kleinstzimmer, die sich immer mehrere teilen müssen, noch bezahlt wird.

Die Preise für den Lebensunterhalt sind für alle gleich!

Diese Kürzung nimmt die Flüchtlinge aus dem Bundessozialhilfegesetz heraus um sie

besser diskriminieren zu können. Dort wird vom Einzelfall und Bedarf geredet, nun kommt der Einstieg, ganze Gruppen schlechter zu stellen. Wer werden die nächsten sein?

Flankierend zu den Kürzungen wird eine Arbeitserlaubnisse für Flüchtlinge wiedermal schleppender ausgegeben, oft auch verweigert. Die Gesetze werden halt nach Bedarf ausgelegt. Lassen wir nicht zu, daß Flüchtlinge noch mehr in die Schwarzarbeit gedrängt werden! Verhindern wir gemeinsam die Lohndrückerei!

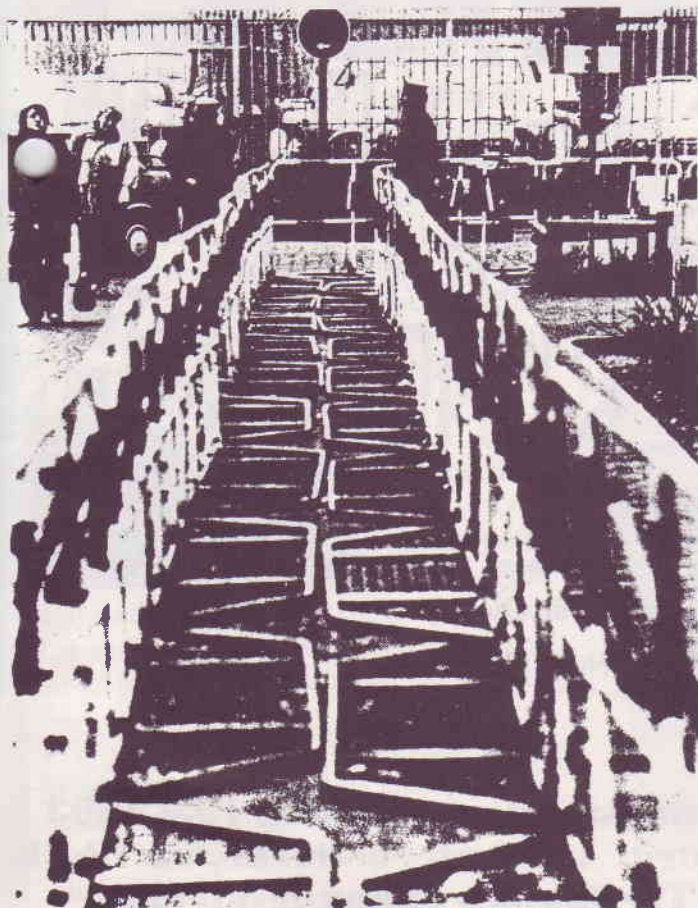
Gleiche Rechte beim Arbeitsamt für Alle!

DIE NEUEN ABSCHIEBEGESETZE

Während der letzten Jahre wurde das Recht auf Asyl durch die verschiedenen Gesetzesverschärfungen schon faktisch aushebelt. Als Folge der letzten einschneidenden Gesetzesänderung vom 1.6.92, die damals schon als "Asylkompromiß" angepriesen wurde, wurden die Bezirkssammel-lager (wie in Freiburg die Vauban-Kaserne) und 6-wöchige Schnellverfahren für Flüchtlinge aus bestimmten Ländern eingerichtet. Diese Lager lassen den Asylsuchenden nicht die geringste Chance auf eine faire Beurteilung ihrer Fluchtgründe. Sie dienen allein der reibungslosen und schnellstmöglichen Abschiebung und sind somit Vorbild für die Asylpolitik nach Abschaffung des Art. 16 GG.

Die Grundgesetzänderung schreibt vor:

- Wer aus einem "sicheren Drittstaat" (sämtliche um die BRD liegenden Staaten, einschließlich Polen und Tschechische Republik, sowie Finnland, Schweden und Norwegen) einreist, wird sofort zurückgeschickt. "Sicher" heißt dabei aber nicht, daß die Flüchtlinge in diesen Ländern Schutz vor Verfolgung sowie Asyl gewährt bekommen, sondern daß sie auch dort mit höchster Wahrscheinlichkeit abgeschoben werden.



Wie aber kann ein Flüchtling ohne Grenz-überschreitung nach Westeuropa einreisen? Es bleibt nur die Möglichkeit, mit dem Fallschirm abzuspringen.

- Außerdem werde heute schon inoffiziell existierenden Listen von Ländern, die als Nicht-Verfolgerstaaten definiert werden, legalisiert. Menschen, die aus diesen Ländern fliehen, können dann generell als "offensichtlich unbegründete" Fälle gleich wieder abgeschoben werden. Als "sichere Herkunftsstaaten" gelten z.B. zur Zeit Indien, Ghana, die Slowakische Republik, Rumänien, überwiegend Länder, in denen laut Amnesty International Menschenrechte verletzt werden. Nach der neuen Regelung könnte z.B. auch die Türkei als Nicht-Verfolgerstaat definiert werden, weil die Türkei die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben hat. Wieviel eine solche Unterschrift wert ist, zeigt z.B. die Tatsache, daß das deutsche Außenministerium Deutschen davon abrät, in Türkei- Kurdistan Urlaub zu machen, da dieses Gebiet aufgrund des Kriegszustands nicht sicher genug ist.

- Die Gruppe der Menschen, die "offensichtlich unbegründet" hier Asyl suchen, soll noch einmal erweitert werden. Für einen Teil von ihnen und für Flüchtlinge ohne Papiere werden gleich an den Flughäfen Sammelager eingerichtet, wo gerade noch 3 Tage bleiben für einen Widerspruch gegen einen Ablehnungsbescheid. Sonst wird sofort abgeschoben.

- Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge werden nicht in die Asylverfahren hineingenommen, sondern bekommen nur so lange eine befristete Aufenthaltserlaubnis, bis Bund- und Länderministerien über deren Zurückweisung entscheiden. Dabei wird der "Schutz von Leib und Leben der Flüchtlinge" (Genfer Flüchtlingskonvention) noch weniger wie bisher das Handeln bestimmen, wie momentane Abschiebungen beispielsweise in den Libanon oder nach Mazedonien zeigen.

DAS ALLES HAT METHODE !

Die AusländerInnenfeindlichkeit und ihre rassistischen Auswüchse stehen nicht im Gegensatz zu dem Verhalten der deutschen Regierung. Die Änderung des Art. 16 GG und die damit einhergehende Hetzkampagne ist als unterstützende Haltung gegenüber Faschisten zu werten. Seit über 30 Jahre werden die sozialen und politischen Rechte der in der BRD lebenden MigrantInnen immer mehr eingeschränkt. Auch das am 1. Jan. 91 in Kraft getretene Ausländergesetz beinhaltet weitere Unterdrückung, wenn auch subtil.

Schon immer wurde in der BRD die soziale und politische "Minderwertigkeit" von Nicht-Deutschen durch Gesetze festgeschrieben. MigrantInnen haben nicht einmal ein Wahlrecht, ihre politische Meinung und ihre Probleme können sie in der BRD kaum öffentlich zum Ausdruck bringen. Es wurden Sondergesetze geschaffen, die MigrantInnen der Gnade und Willkür von Verwaltung und Justiz freigegeben.

Hier lebende MigrantInnen sind ein Teil dieser Gesellschaft geworden, ob die Gesellschaft das will oder nicht. Sie zahlen gleiche Steuern und müssen die gleichen Gesetze beachten, aber vor dem Gesetz werden sie immer als "Gäste" behandelt.

Sie sind ein Teil dieser Maschinerie hier, gerade solange erwünscht, wie sie funktionieren oder wirtschaftlich gebraucht werden.

Immer mehr Menschen werden so derzeit aus der Gesellschaft ausgegrenzt und ihrer Existenzgrundlage beraubt - Deutsche wie MigrantInnen, Frauen wie Männer, Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien ebenso wie Alte, Kranke und Behinderte. Löhne, Renten und Sozialleistungen sinken seit Jahren, Preise und Mieten steigen ständig. Die hier lebenden Flüchtlinge sind die erste Gruppe, der die Möglichkeit zum blanken Überleben entzogen werden soll. Dagegen müssen wir uns gemeinsam zur Wehr setzen. Nicht die PolitikerInnen, sondern nur wir als politisch denkende und handelnde Menschen können unserer fortschreitenden Ausgrenzung, Diskriminierung und Entrechtung in allen Lebensbereichen etwas entgegensetzen. Wir müssen die Probleme der Menschen ernst nehmen und versuchen, Lösungsmöglichkeiten gemeinsam zu entwickeln. Deutsche, MigrantInnen und Flüchtlinge Schulter an Schulter, Hand in Hand gegen rassistische Ausgrenzungspolitik und faschistische Angriffe.



Gleiche Rechte für alle!

UNTERSTÜTZT DIE FORDERUNGEN DER FLÜCHTLINGE !

**Keine Essenspakete oder Warengutscheine!
Mehr Wohnraum Für Alle!**

**Keine Sozialhilfekürzungen!
Arbeitserlaubnisse für Alle!**

Keine Abschiebungen!

**Demonstration, Samstag 19.6.1993
Freiburg, Ausländerbehörde, ab 12 Uhr
Treffpunkt: Johanneskirche**